

Kapitel 9

Expert*innenwissen und dialektisches Lernen: Dialoge über Praktiken des Teilens und urban *commoning*

Helena Cermeño, Florian Koch, Nada Bretfeld

1. Einleitung

Im Rahmen des Forschungsprojekts *StadtTeilen* wurden 2019 bis 2020 drei Dialogveranstaltungen in Berlin, Kassel und Stuttgart durchgeführt. Als Multi-Stakeholder-Veranstaltungen konzipiert, dienten sie dem Austausch von Expert*innen-Wissen zu Sharing-Praktiken und zu *commoning*-Erfahrungen.

Die Dialogveranstaltungen unterschieden sich in Bezug auf Thematik und Teilnehmer*innen: *Der erste Dialog* fand am 05. April 2019 in Berlin statt. Teilnehmende waren Nachbar*innen aus den Kreuzberger Quartieren Wrangel- und Reichenberger Kiez, Vertreter*innen der Bezirksverwaltung und zivile Mieter*innenorganisationen sowie Wissenschaftler*innen, Stadtplaner*innen und Architekt*innen. In Berlin sind die Folgen der Gentrifizierung für einen Großteil der Menschen spürbar: über 80 % der Berliner*innen leben in einer Mietwohnung, die Mietpreise haben sich seit 2010 mehr als verdoppelt, viele Mieter*innen fürchten, ihre Wohnung aufgrund von Mietpreissteigerungen zu verlieren und keine leistbare Wohnung mehr zu finden. Auch Kleingewerbetreibende und soziale Einrichtungen werden aus innerstädtischen Quartieren verdrängt.

Vor diesem Hintergrund brachte die Veranstaltung einerseits urbane Initiativen, die sich mit dem Wohnen aus der Perspektive des *commoning* befassen, und andererseits renditeorientierte Wohngemeinschaften sogenannte *co-living*-Projekte in einen öffentlichen Austausch. Auch für die wachsende Zahl an Sharing- und *urban-commoning*-Projekten, die in den letzten Jahren in Berlin entwickelt wurden, und die auch in der akademischen Forschung umfangreich thematisiert wurden (z.B. Becker et al., 2017; Jahre, 2021; Kil & Silver, 2006; Sommer & Kip, 2019) war diese Gegenüberstellung von Interesse.

Die *zweite Dialogveranstaltung* fand in Kassel statt, wo ein eher moderater Grad an Gentrifizierung herrscht. Kassel ist als Untersuchungsgebiet in der wissenschaftlichen Literatur weniger vertreten. Auch existiert in Kassel eine deutlich geringere Anzahl von Sharing-Praktiken im Allgemeinen und urbanen *commoning*-Praktiken im Besonderen. Die Dialogveranstaltung zielte darauf ab, die Motive und Motivationen des Teilens von Bewohner*innen und anderen Interessengruppen zu diskutieren. Untersuchungsraum war dabei der Stadtteil Nord-Holland, ein sozial heterogenes Viertel mit beginnendem Gentrifizierungsdruck. Die Veranstaltung fand am 20. Februar 2020 statt und versammelte Anwohner*innen aus der Nachbarschaft, Vertreter*innen einer Wohnungsbau-gesellschaft, eine freie Mitarbeiterin und Stadtplanerin mit Erfahrung in einem kollaborativen Bauprojekt in Hamburg sowie *StadtTeilen*-Mitglieder (darunter Wissenschaftler*innen aus der Gemeinwesen- und Sozialarbeit,

Architektur, Soziologie und Stadtplanung). Kurz darauf zwang uns die COVID-19-Pandemie-Situation, unsere Forschung anzupassen und neue Austauschformate, Kooperations- und Interaktionspraktiken zu entwickeln.

Infolgedessen fand die *dritte Dialogveranstaltung* in Stuttgart, am 19. November 2020, online statt. Die Online-Umgebung erweiterte die Möglichkeiten z.B. in Bezug auf den internationalen Austausch und förderte die Interaktion zwischen einem breiteren Spektrum von Expert*innen. Es nahmen unter anderem Vertreter*innen von drei stadtgestaltenden Initiativen teil, die sich mit *commoning*-Projekten im öffentlichen Raum in Stuttgart beschäftigten, sowie ein Mitglied einer Wohnungsbaugesellschaft und ein Vertreter der Gemeinde und eine Professorin der KTH Stockholm mit Expertise zu Wohn- und Gemeinschaftsräumen in Österreich und Schweden.

Ausgehend von der Analyse und dem Vergleich der drei Dialogveranstaltungen verfolgt dieser Beitrag zwei Ziele. Zunächst analysieren wir verschiedene Formen von Sharing-Praktiken in den drei Städten. Unter Berücksichtigung der Unterschiede in Bezug auf Stadtgröße, Immobiliendynamik, Macht der Zivilgesellschaft sowie den politischen Kontext beleuchten die Dialogveranstaltungen bestehende Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Sharing-Praktiken in Berlin, Kassel und Stuttgart. Wir analysieren die drei Fallbeispiele anhand eines gemeinsamen Rahmens und reflektieren aus einer Metaperspektive das dialektische Lernen, das entsteht, wenn verschiedene Akteur*innen, die an urbanen Initiativen, Entscheidungsfindung in der Stadtplanung und der akademischen Forschung beteiligt sind, in einer Dialogplattform zusammengebracht werden. Dabei spielen die vielfältigen und manchmal sogar widersprüchlichen Wissensansprüche der Beteiligten eine entscheidende Rolle.

Wir führen kurz in die akademische Diskussion über *Sharing Economy* (Barron et al., 2018; Rutkowska-Gurak & Adamska, 2019; Vith et al., 2019), *urban commoning* (z.B. Blackmar, 2006; Borch & Kornberger, 2015; Grabkowska, 2018; Pelger et al., 2016; Ramos, 2016; Stavrides, 2015) und *das Lernen* über und in Stadtplanungssystemen ein (Cermeño & Baldewein, 2021; D'hondt et al., 2020; van Assche et al., 2020a, 2020b). Dabei soll insbesondere die Bedeutung des Themas *Urban Commons* im Bereich der Planung hervorgehoben werden. Anschließend analysieren wir die drei Dialogveranstaltungen. Aus Analyse und Vergleich der Fallbeispiele lassen sich Rückschlüsse auf die Bedingungen ziehen, unter denen Sharing-Praktiken im Bereich Wohnen und öffentlicher Raum stattfinden. Den produktiven Austausch der Teilnehmer*innen und die Beiträge zum Wissenstransfer befragen wir in Hinblick auf die Frage, ob und wie die vorgestellten Sharing-Praktiken dabei helfen, sozial vielfältige Nachbarschaften zu erhalten, Lernprozesse zu fördern und somit als fruchtbarer Beitrag zum Aufbau von mehr *Commons*-basierter Resilienz in Städten bewertet werden können (Petrescu et al., 2016).

2. Auf dem Weg zu einer *City of Commons*

Wir bezeichnen *das Teilen* als die Bandbreite kollaborativer Praktiken entlang eines *Commons-Sharing-Economy-Kontinuums*. Beide Konzepte, das der *Commons* (vgl. Kap. 1) und das der *Sharing Economy*, beziehen sich auf kollaborative Prozesse, durch die Güter produziert und genutzt werden. Dies kann mehr (wie im Fall der *Sharing Economy*) oder weniger (wie im Fall von *commoning*) kommerzialisiert sein.

Wir bezeichnen *Commons* als ein Konstrukt aus drei Teilen: gemeinsamen Ressourcen, Institutionen, *commoning*-Praktiken und den Gemeinschaften (den sogenannten *Commonern*), die an der Produktion und Reproduktion der *Commons* beteiligt sind (Benkler, 2009; Kip et al., 2015, S. 21). In diesem Zusammenhang hebt die *Commons*-Literatur das Potenzial des Begriffs der städtischen *Allmende* hervor, in dem es darum geht, alternative und nachhaltige Lebensweisen in städtischen Kontexten zu fördern. Vor allem in den letzten zehn Jahren hat die Literatur zu städtischen Gemeingütern deutlich zugenommen (z.B. Bollier & Helfrich, 2015, 2019; Cámara, 2018; Petrescu et al., 2020; Stavrides, 2015). Die Literatur zeigt die Ausbreitung des Teilens als selbstverwaltete urbane Initiativen in Deutschland und anderswo auf, stellt aber auch die Probleme dar, die z.B. durch Airbnb entstehen (Barron et al., 2018; Sharp, 2018).

Ein wichtiger Referenzpunkt für *commoning* und Sharing bildet die Arbeit von Elinor Ostrom. Durch die Untersuchung von *common-ownership*-Regimen, die Ressourcen erfolgreich verwalten, indem sie die Idee kollektiven Handelns mit dem Begriff der *Commons* (als »gemeinsamen Pool [natürlicher] Ressourcen«) verbinden, zeigte Ostrom (2012 [1990]), dass Probleme und Ungleichheiten, die sich aus einer marktorientierten Ressourcenallokation ergeben, teilweise durch nicht-marktwirtschaftliche Mechanismen gelöst werden können: dezentrale, selbstverwaltete Einheiten, die um gemeinsame lokale Ressourcen gruppiert sind (Blackmar, 2006). Daher plädiert Helfrich (2012) dafür, *Commons* und *commoning* als eine Möglichkeit zu betrachten, Güter und Dienstleistungen jenseits von marktlogischer- und staatlicher Regulierung zu steuern und zu verteilen. Aus dieser Perspektive können *commoning*-Praktiken – als dezentrale und selbstverwaltete Formen kollektiven Handelns zur Produktion von geteilten/ gemeinsamen Gütern – im urbanen Kontext als *Strategien des Widerstands* gegen zunehmende Privatisierung, explodierende Immobilienpreise, soziale Homogenisierung von Nachbarschaften und als eine Möglichkeit verstanden werden, neue, dekommodifizierte Räume insbesondere in Städten zu schaffen (Bradley, 2015; Harvey, 2010; vgl. Kap. 1). Urbane *commoning*-Praktiken können daher dazu beitragen, bestehende Sozial- und Nachbarschaftsstrukturen in innerstädtischen heterogenen Quartieren zu erhalten und mehr Solidarität auf Quartiersebene zu schaffen. Inwieweit dies möglich ist, wurde in den drei Dialogveranstaltungen in unterschiedlicher Art und Weise thematisiert.

Hierfür sind verschiedene Aspekte wie Nutzungsrechte, Organisation, Güter des Teilens (im-/materielle Güter) und Akteur*innen/Stakeholder relevant und stehen miteinander in Verbindung (vgl. Einleitung; s. Abb. 9.1).

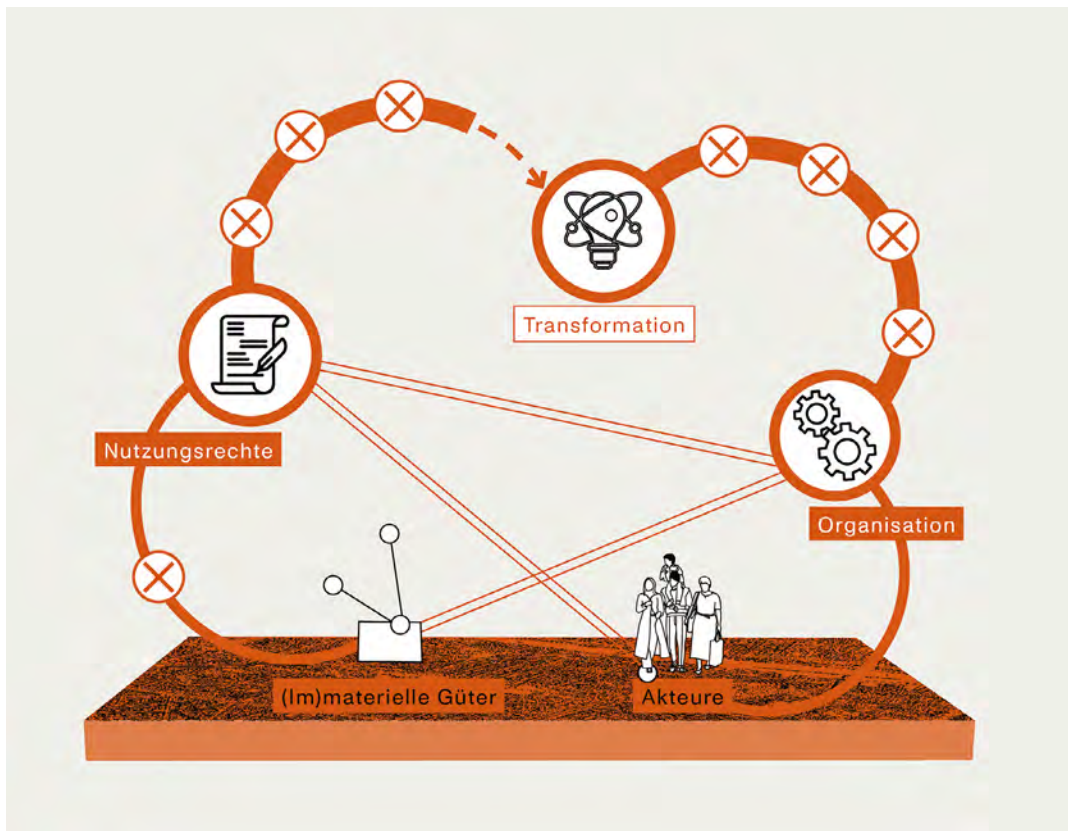


Abbildung 9.1: Konzeptualisierung von Sharing-Praktiken

© Sina Doukas

3. Plattformen für Wissensaustausch und Lernen in der Stadtplanung

Sharing-Praktiken im Allgemeinen und *commoning*-Praktiken im Besonderen beziehen sich auf Prozesse, in denen soziale Akteur*innen auf Wissen und andere Ressourcen zurückgreifen, um eine bestimmte Handlung in Gang zu setzen, die ein spezifisches (Gemein-)Gut hervorbringen soll. Wissen ist eine Schlüsselresource in diesen Prozessen. Daher ist die Frage, wie Wissen produziert, geteilt und letztendlich umgesetzt wird, von entscheidender Bedeutung. Wissen und Wissensproduktion sind sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis sozialen Handelns und daher eng mit dem Begriff des *Lernens* verflochten. Van Assche et al. (2020b; 2020a) betonen den Wert des Lernens durch Vergleiche, sowohl in der Planungspraxis als auch in der Wissenschaft der Planung, insbesondere angesichts der wachsenden Komplexität des Feldes. Aus der Perspektive der politischen Lernliteratur warnen Bennet und Howlett (1992) jedoch vor der Vielfalt und Mehrdeutigkeit

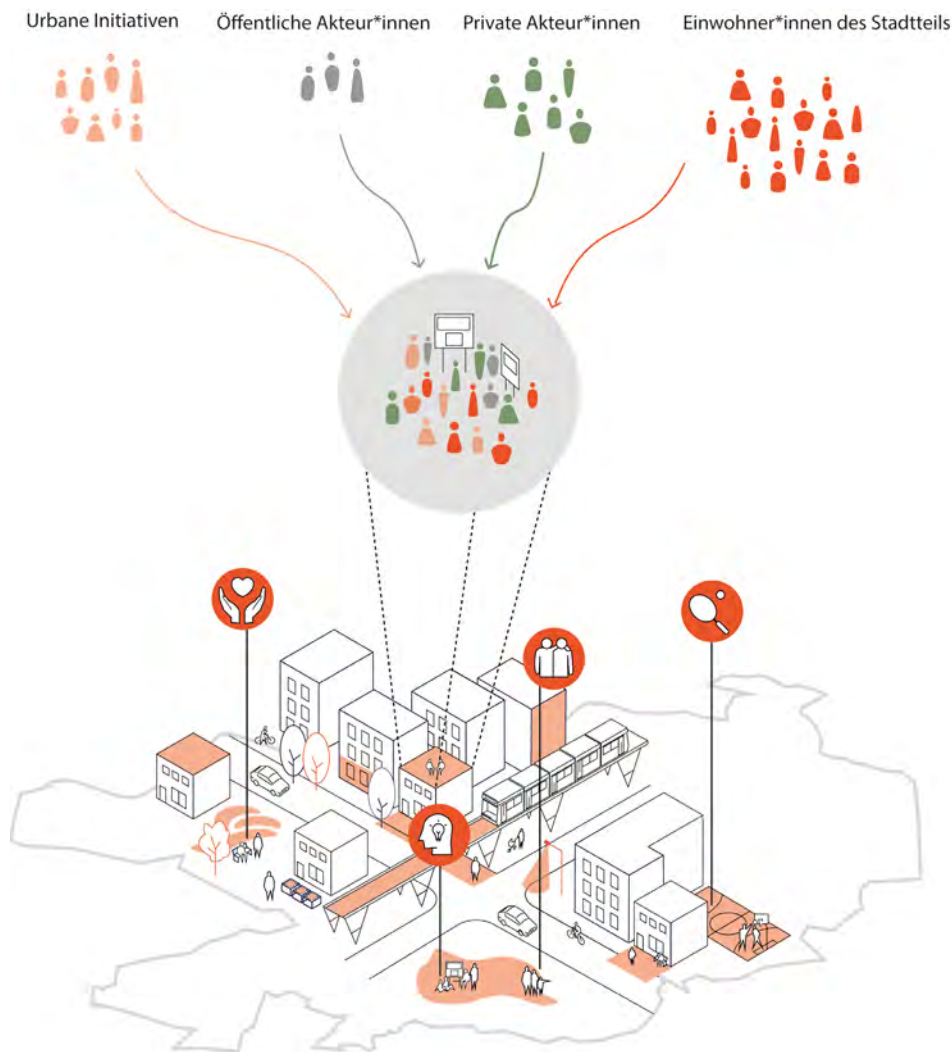


Abbildung 9.2: Plattformen des (Wissen-)Teilens

© Sina Doukas

von Lernprozessen: Lernen könne in verschiedenen Formen stattfinden, von verschiedenen Akteur*innen und in verschiedenen Konfigurationen sowie auf verschiedenen Skalen, nach unterschiedlichen Logiken oder unterschiedlichen Zielen. Letzteres führe meist zu *Expertenproblemen* (Bretfeld, 2020), d.h. der Unfähigkeit, gegensätzliche Wissensansprüche und unterschiedliche Ziele zwischen Stakeholdern in einem partizipativen Planungs-/Designprozess in Verhandlung zu halten.

Aufbauend auf der Definition von Wissen als »Handlungsvermögen«, als »die Möglichkeit, etwas in Bewegung zu setzen« (Stehr & Grundmann, 2011, S. 2), betonen wir die Rolle der Vertreter*innen urbaner Initiativen als *Expert*innen* auf ihrem eigenen Gebiet. Diese können eigene Motivationen und Ziele haben, die nicht notwendigerweise mit denen von Stadtplaner*innen, Wissenschaftler*innen oder öffentlichen Akteur*innen übereinstimmen. Obwohl es nicht verwunderlich ist, dass das Wissen unterschiedlicher Expert*innen vielfältig, kontrastierend und manchmal widersprüchlich ist, insbesondere wenn Ziele unterschiedlich sind und sich Machtunterschiede manifestieren, können sie, wenn sie in Wissensaustauschprozessen zusammengeführt werden, vergleichendes und *dialektisches Lernen* ermöglichen.

Trotz der Tatsache, dass verschiedene Formen des vergleichenden Lernens in und über Planung produktiv sein können, reichen sie allein möglicherweise nicht aus, um etwas Neues zu schaffen und zu sozialen Innovationen zu führen. Innovationschancen, so argumentieren Van Assche et al. (2020a) könnten eher im dialektischen Lernen und im *kreativen Vergleich* durch Engagement und Diskussion mit anderen Ideen und Erkenntnissen liegen. In diesem Grenzbereich des kreativen Vergleichs kann *Koproduktion von Wissen* – verstanden als »process through which inputs used to produce a good or service [knowledge] are contributed by individuals who are not in the same organization« (Ostrom, 1996, S. 1073, zitiert in Petrescu et al., 2016, S. 719) – potenziell stattfinden. Wir sehen in den Dialogveranstaltungen des Projekts *StadtTeilen* Möglichkeiten und Impulse für dialektische Lernprozesse zwischen verschiedenen Arten von Akteur*innen (s. Abb.9.2).

4. Dialogveranstaltungen

4.1 Dialogveranstaltung Berlin: Lebensräume als Commons?

Die Dialogveranstaltungen in Berlin und Kassel thematisierten unterschiedliche Praktiken des Teilens im Bereich Wohnen. Sharing-Praktiken im Wohnungssektor sind besonders relevant, da im Gegensatz zum öffentlichen Raum und trotz der Wiederbelebung von Projekten des gemeinschaftlichen Wohnens in Europa (Tummers, 2016) vergleichsweise noch wenig wissenschaftliche Forschung hierzu aus *Commons*-Perspektive betrieben wird (Schönig et al., 2017). In den letzten Jahrzehnten war der Wohnungsbau weitgehend marktorientiert, während die Zahl der Sozialwohnungen teilweise dramatisch zurückgegangen ist (Egner, 2014). Wie für viele Einkommensgruppen zugängliche Wohnmöglichkeiten durch Sharing-Praktiken gefördert werden können, bleibt daher eine relevante und bisher wenig erforschte Frage. Die Unterstützung und Weiterentwicklung bereits bestehender Formen des kollektiven Wohnens durch Genossenschaften und Initiativen wie das Mietshäusersyndikat (Kichler, 2018; Rost, 2012) ist eine Möglichkeit, die Frage des *neuen Wohnens* anzugehen. Darüber hinaus sind neue alternative Ansätze aufgetaucht, die darauf abzielen, Wohnungen aus den gewinnorientierten spekulativen Immobilienmärkten durch *community land trusts* (CLTs) und *peer-to-peer*-Flächenvermietungsprojekte zurückzuziehen. Neue städtebauliche Entwicklungen, die auf Gemeinschaft, Teilen und Partizipation basieren, werden zunehmend von den Bewohner*innen selbst initiiert, wie in Deutschland die *Berliner Stadtbodenstiftung* (2021), die *Schöneberger Linse* und die *UrbanCoopBerlin* (2021); das Projekt *Neustart Schweiz* in der Schweiz (2021) oder *La Borda Housing Cooperative* in Barcelona, Spanien (Cámara, 2018).

Im Rahmen der Berliner Dialogveranstaltung wurden zwei gegensätzliche Arten von Sharing-Praktiken verglichen: der Mieter*innenrat des *Neuen Kreuzberger Zentrums* (NKZ) (in der Dialogveranstaltung von einer

der Sprecher*innen des Mieter*innenrats vorgestellt) und das Modell des renditeorientierten *co-living* (beschrieben von einem Wissenschaftler und aktiven Mitglied der *Berliner MieterGemeinschaft*).¹

Der Mieter*innenrat des *Neuen Kreuzberger Zentrums* (NKZ) ist ein selbstorganisiertes Gremium von Bewohner*innen. Das NKZ ist ein Gebäudekomplex mit zwölf Stockwerken und über 360 Wohnungen, der in den 1970er Jahren am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg errichtet wurde. Der Mieter*innenrat verhandelt mit der Eigentümerin des Gebäudes, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gewobag über Miet-, Nutzungs- und Wohnbedingungen sowie Flächennutzungen in der Wohnanlage (s. Abb. 9.3 und Abb. 9.4). Der zweite vorgestellte Fall, das *co-living*, ist ein Wohnmodell, das für solvente Kurzzeitmieter*innen (z.B. Fachkräfte, *young professionals*) geeignet ist und umfangreiche Dienstleistungen und Infrastrukturen (z.B. Concierge, Netzwerke, Gemeinschaftsräume) bietet. Während der erste Fall ein Beispiel für Selbstverwaltung darstellt und daher als *commoning*-Initiative im Bereich des Wohnens bezeichnet werden könnte, bezieht sich der zweite Fall auf das Teilen von *bereitgestellten* Räumen, ist also näher am Begriff der Sharing Economy.



Abbildung 9.3(a): NKZ-Gebäude in Berlin

© Nada Bretfeld



Abbildung 9.3(b): NKZ-Gebäude in Berlin

© Nada Bretfeld

Die Mitglieder des Mieter*innenrats bilden in Bezug auf Alter, Geschlecht und Haushaltstypologien eine heterogene Gruppe, sind aber aufgrund geringer und mittlerer Einkommen in gleicher Weise von potentiellen Mietsteigerungen betroffen und daher im Mieter*innenrat engagiert. Im Laufe der Zeit ist es dem Mieter*innenrat durch Verhandlungen mit der Eigentümerin gelungen, Räume für gemeinsame Nutzungen zu bekommen, wie z.B. einen Gemeinschaftsraum und einen Garten. Die Gestaltung des NKZ selbst ist geprägt von zahlreichen Arkaden. Diese Architektur erleichtert laut Aussage der Bewohner*innen die Begegnungen und den Austausch zwischen den verschiedenen Bewohner*innen. Da die Zusammenarbeit zwischen Gewobag und Mieter*innenrat jedoch informell, d.h. nicht institutionalisiert ist, bleibt die Partnerschaft zwischen dem NKZ-Mieter*innenrat und der landeseigenen Wohnungsgesellschaft asymmetrisch: Die Zusammenarbeit wird von keinem formalen, vertraglichen Regelwerk getragen.

Im Gegensatz zum NKZ richtet sich das *co-living*-Wohnmodell an eine eher homogene Bewohner*innen-gruppe: Kurzzeitmieter*innen ähnlichen Alters (Ende zwanzig bis Anfang vierzig) und mit höherem sozio-

¹ Während der Vorbereitung der Dialogveranstaltung haben wir versucht, auch Vertreter*innen privater Wohnungsunternehmen einzuladen, die *co-living*-Projekte in Berlin entwickeln, was uns jedoch nicht gelungen ist. Wir gehen davon aus, dass das Interesse privater Wohnungsunternehmen, sich über verschiedene, auch nichtkommerzielle Formen des Teilens auszutauschen, zu gering war.

ökonomischen Status. Die zugrunde liegenden Sharing-Praktiken, wie gemeinsame Räume für Essen und Netzwerken sowie die Organisation gemeinsamer Freizeitaktivitäten, sozialer Dienste, karrierefördernder Netzwerke etc., werden als Mehrwert zum Wohnen verstanden und sind in der zu zahlenden Miete inkludiert.

Beide Fälle weisen Unterschiede, aber auch einige Ähnlichkeiten in ihren Wohnmodellen und zugrunde liegenden Sharing-Praktiken auf. Beide sind sich über den Mehrwert des *Zusammenlebens* einig und betonen daher die Bedeutung gemeinsamer Räume, um die Interaktion zwischen Bewohner*innen zu ermöglichen. Einer der wesentlichen Unterschiede, die erwartete beziehungsweise angestrebte Belegungszeit (temporäre Wohnmöglichkeiten in *co-living*-Projekten und langfristige Miete in NKZ) ist jedoch besonders relevant. Möglichkeiten eines langfristigen Aufenthalts erlauben eher Selbstorganisation und unterstützen Formen der Partizipation, Mitgestaltung und kooperative Prozesse, die dazu dienen, die (selbstdefinierten) Bedürfnisse der Bewohner*innen zu erfüllen. Im *co-living*-Modell sind die Bewohner*innen, die von den (gegebenen) Sharing-Möglichkeiten profitieren, Konsument*innen, keine Initiator*innen oder Produzent*innen der Praktiken des Teilens. Als vorläufiges Fazit zeigt der Vergleich beider Beispiele, dass die Praxis des Teilens von Räumen nicht zwangsläufig zu *commoning* führt. Während das NKZ-Beispiel bestehende wirtschaftliche Logiken des Wohnungsmarktes in Frage stellt, tragen die privaten *co-living*-Projekte dazu bei, städtische Räume zu kommerzialisieren, indem sie gemeinsame Räume als Dienstleistung anbieten, die nur für diejenigen zugänglich sind, die dafür bezahlen.

Aus Sicht der Wissensvermittlung und des Lernens trug die Dialogveranstaltung dazu bei, unterschiedliche Ansätze des Teilens von Räumen in der Wohnungswirtschaft zu beleuchten. Erkenntnisse über die unterschiedlichen Ziele geteilter Räume wurden durch den Vergleich der Logiken beider Ansätze gewonnen: Während sich die NKZ-Perspektive auf geteilte Räume als Instrument zur Selbstorganisation der Gemeinschaft konzentrierte und die Bedürfnisse der Bewohner*innen aufzeigte, bieten die geteilten Flächen in den *co-living*-Apartments die Möglichkeit, kleinere, nur individuell nutzbare Flächen zu höheren Preisen zu vermieten. Gleichzeitig wird ein Austausch zentral organisiert, indem gemeinsame Räume und Aktivitäten für die kurzfristigen Mieter*innen dieser Art von Gebäuden bereitgestellt werden.

Während der Dialogveranstaltung fand der Wissenstransfer als »die Möglichkeit, etwas in Bewegung zu setzen« (Stehr & Grundmann, 2011, S. 2) jedoch nicht direkt statt, da die meisten Teilnehmenden bereits die gleichen normativen Überzeugungen zum Potenzial urbaner *commoning*-Praktiken teilten und der Kommerzialisierung urbaner Räume kritisch gegenüberstanden. Leider war es nicht möglich, mit einem privaten Entwickler von *co-living*-Wohnungen zu diskutieren. Dies hätte wahrscheinlich zu anderen Arten von Lernprozessen geführt und gezeigt, dass Konflikte zwischen verschiedenen Arten von Sharing-Expert*innen existieren.

4.2 Dialogveranstaltung Kassel: Treiber und Motivationen zum Teilen

An der Kasseler Dialogveranstaltung nahmen Bewohner*innen aus der Nachbarschaft Nord-Hollands, Vertreter*innen einer Wohnungsbaugesellschaft, eine Stadtplanerin mit Kenntnissen zu gemeinschaftlichen Bau- oder Wohn- und Mischnutzungsprojekten sowie Mitglieder des transdisziplinären Netzwerks *StadtTeilen* teil. Die Teilnehmenden diskutierten Bedingungen, Motive und Motivationen und die daraus resultierenden Potenziale und Einschränkungen des Teilens in Bezug auf Wohnen und öffentliche Räume.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde das Beispiel des partizipativen Wohnverfahrens im Hamburger Stadtteil St. Pauli vorgestellt (Tribble et al., 2017; Tribble & Wedler, 2019; Ziemer, 2016)². Der Fall der *Plan-*

2 Als das ESSO-Gebäude – ein Komplex aus den 1960er Jahren, bestehend aus zwei achtgeschossigen Wohngebäuden mit 110 Wohnungen, einem zweigeschossigen Gewerbegebiet mit Hotel, Einzelhandelsgeschäften und Clubs sowie Tiefgaragen und der Ezzo-Tankstelle Reeperbahn (nach der der gesamte Block benannt ist) – der 2014 vor dem Abriss stand, wurde von einer Gruppe von

Bude veranschaulichte, wie die Planung und Gestaltung von Wohn- und öffentlichen Räumen in *co-creation*-Prozessen, die bottom-up initiiert und kollaborativ sind, erfolgreich durchgeführt werden kann (PlanBude, 2021). Der Prozess zeigte auch, wie Multidisziplinarität (z.B. unter Einbeziehung von Akteur*innen aus den Bereichen Kunst, Sozialarbeit, Architektur etc.) für einen solchen *commoning*-Ansatz genutzt werden kann. Ziel der Initiator*innen des Prozesses war es, ein breites Spektrum an (potenziellen) lokalen Nutzer*innen des Gebäudekomplexes einzubeziehen und Anliegen und Bedürfnisse der langjährigen Bewohner*innen beziehungsweise Nachbar*innen sichtbar zu machen. Auf diese Weise ermöglichte der kooperative Planungsprozess, Forderungen zu sammeln, die mit öffentlichen und privaten Akteur*innen (z.B. Eigentümerin, Verwaltung, Kommunalpolitik, Bauunternehmen) diskutiert werden konnten.

Die Diskussion des PlanBude-Prozesses im Rahmen der Dialogveranstaltung ermöglichte es Anwohnenden und lokalen Stadtinitiativen in Kassel, vom Hamburger Beispiel zu lernen und dies mit eigenen Erfahrungen im Stadtteil Nord-Holland zu vergleichen. In diesem Zusammenhang beschrieb der Verein *Piano*, ein Verein der Städtischen Wohnungsgesellschaft Kassel (GWG), wie öffentliche und private Akteur*innen eine Rolle bei der Bereitstellung räumlicher Ressourcen und Dienstleistungen spielen und so Praktiken des Teilens erleichtern können (s. Abb. 9.4 und Abb. 9.5). Zu den von der GWG und ihrem angeschlossenen Verein bereitgestellten Mitteln gehören Gemeinschaftsräume sowie die Koordination von ehrenamtlichen Nachbarschaftshelfer*innen für die Unterstützung und die Mediation bei Streitigkeiten. Darüber hinaus unterstützt der Verein die Nutzung und Selbstverwaltung der räumlichen und materiellen Ressourcen, die den Bewohner*innen zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise stellt das kommunale Wohnungsunternehmen (über den Verein *Piano*) verschiedene sozio-räumliche Ressourcen zur Verfügung, um ihre Bewohner*innen zu unterstützen (insbesondere ältere Menschen) und damit den sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft zu fördern.

Das Beispiel *Piano e.V.* zeigt, dass Akteur*innen des öffentlichen Wohnungsbaus – die durch spezifische staatliche Finanzierungen unterstützt werden – einen Mehrwert in der Bereitstellung gemeinsamer Räume für die Bewohnenden sehen. Allerdings wird auch deutlich, dass die Nutzung dieser räumlichen Ressourcen weitgehend von oben nach unten organisiert wird und Machtungleichgewichte bestehen (vgl. Kap. 7). Die Sharing-Praktiken orientieren sich hier weitgehend an den Bedürfnissen der Zielgruppen oder priorisierten Themen (z.B. ältere Menschen und Konfliktlösung zwischen Nachbar*innen). Die Kasseler Dialogveranstaltung regte dazu an, darüber nachzudenken, inwieweit die Bereitstellung gemeinsamer Räume kollaborative Bottom-up-Sharing-Praktiken ermöglicht. Während die *PlanBude* einen stark kollaborativen Prozess darstellte, der von Anfang an verschiedene städtebauliche Initiativen umfasste und darauf abzielte, ein breites Spektrum an Interessen, Bedürfnissen und Erkenntnissen in den Planungs- und Entwurfsprozess des Wohn- und Gewerbeprojekts zu integrieren, legt der Fall *Piano e.V.* in Nord-Holland nahe, dass die Bereitstellung räumlicher und infrastruktureller Ressourcen nicht automatisch zu Bottom-up-Praktiken des Teilens führt. Selbst wenn Bewohner*innen die Ressourcen für kollaborative Aktivitäten nutzen, besteht die Gefahr, dass die Motivation zum *commoning* verschwindet, wenn diese Infrastrukturen nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Verfügbarkeit erweiterter und neuer räumlicher Ressourcen kann den Austausch und die gemeinsame Nutzung anderer Güter und Dienstleistungen erleichtern, ist aber stark davon abhängig, wer Initiator*in ist. Insbesondere in Fällen, in denen Sharing-Prozesse durch Intermediäre initiiert werden, erfordert die Transformation von Nutzenden als teilende Konsument*innen zu Nutzer*innen als Produzent*innen geteilter Ressourcen eine aktive Rolle und die Möglichkeit beziehungsweise Aufforderung dazu an die Bewohner*innen selbst.

Stadtplaner*innen und Künstler*innen ein kollaborativer Entwurfsprozess eingeleitet, um Vorschläge für das Projekt zu formulieren; siehe *PlanBude* (2021). Der Prozess wurde ins Leben gerufen, um die Bedürfnisse der heterogenen Gruppe aus ehemaligem Bewohner*innen und Nutzer*innen des ESSO-Gebäudes zu ermitteln und die Perspektiven der lang- und kurzfristigen Bewohner*innen des Stadtteils St. Pauli (z.B. Studierende, Tourist*innen) einzubeziehen.



Abbildung 9.4: Bebaute Umgebung der Quellhofstraße, Kassel

© Helena Cermeño; in der Quellhofstraße, Kassel, stellt Piano e.V. den Bewohner*innen des Viertels Gemeinschaftsräume zur Verfügung (Stadtteiltreffpunkt Nord).



Abbildung 9.5: Eingang zu den Gemeinschaftsräumen von Piano e.V.

© Helena Cermeño

4.3 Dialogveranstaltung Stuttgart: Neue (halb-)öffentliche Räume zurückerobern?

Der Stuttgarter Dialog im November 2020 fand als einzige der drei Veranstaltungen online statt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie-Situation wurde der Dialog in einem digitalen Format geführt, was es ermöglichte, eine Vielzahl von Redner*innen einzubeziehen – darunter eine Forscherin des KTH Royal Institute of Technology in Stockholm mit Expertise zu sozialräumlichen Austauschpraktiken in Schweden und Österreich. Im Gegensatz zu den beiden anderen Veranstaltungen konzentrierte sich der Stuttgarter Dialog vor allem auf den öffentlichen und halböffentlichen Raum und darauf, wie städtische Initiativen diesen angesichts der zunehmenden Privatisierungstendenzen zurückerobern können. Der öffentliche Raum und insbesondere seine Knappheit sind in Stuttgart von besonderem Interesse. Die Stadt, in einem Tal gelegen und in ihrer räumlichen Ausdehnung durch diese geographische Lage beschränkt, wird durch eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst. Insbesondere die Automobilindustrie spielt für die lokale Wirtschaft eine wichtige Rolle. Dementsprechend zeichnet sich die städtebauliche Gestaltung der Stadt durch eine starke Autoorientierung aus, während öffentliche und für unterschiedliche Nutzungen zugängliche Räume aufgrund des wirtschaftlichen Drucks immer knapper werden und stark umkämpft sind.

Die Stuttgarter Dialogveranstaltung zielte darauf ab, Fragen der Nutzung und des Teilens *neuer* öffentlicher Räume zu untersuchen und zu diskutieren (vgl. Kap. 2). Die Diskussion basierte auf den Erkenntnissen verschiedener städtischer Initiativen im öffentlichen Raum, die in Stuttgart im Dialog mit anderen Akteur*innen wie Kommune, Wissenschaft und Anwohnenden aktiv sind (Borch & Kornberger, 2015; Koch, 2018; Schneider, 2016; Siebel, 2009, 2012).

Die Erfahrungen aus den schwedischen und österreichischen Fällen betonten die Bedeutung der *Zwischenräume* mit ihrem ambivalenten Charakter – weder vollständig öffentlich noch privat – für die Entwicklung von *commoning*-Praktiken (Schalk et al., 2019). Diese Art von Räumen erleichtert die Aneignung und Selbstverwaltung durch Bewohnende und städtische Initiativen. In den letzten Jahren wurden verschiedene gemeinschaftlich organisierte und kollaborative Rauminterventionen von Bürger*innenvereinen wie *StadtLücken*, *Adapter* und *Casa Schützenplatz* durchgeführt. Neben der temporären Aneignung und alternativen Nutzung öffentlicher Räume im Rahmen dieser Projekte, haben diese Initiativen auch dazu beigetragen, Fragen nach der Notwendigkeit von Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft, Bottom-up-Organisationen, Anwohnenden und lokalen Behörden zu verbessern.

Dies zeigte die Dialogveranstaltung am Beispiel des *Österreichischen Platzes*, eines öffentlichen Parkplatzes, der vom Verein *StadtLücken* umgenutzt und neu gestaltet wurde (vgl. Kap. 2). In diesem Projekt wurde der betrachtete *Nicht-Ort* oder alternative öffentliche Raum in einen Ort für Gemeinschaftsaktionen und kulturelle Veranstaltungen verwandelt (z.B. Flohmarkt, Nachbarschaftskochveranstaltungen, Sportanlagen; s. Abb. 9.6 und Abb. 9.7). In ähnlicher Weise haben die städtischen Initiativen *Adapter e.V.* und *Casa Schützenplatz e.V.* Projekte entwickelt, um öffentliche Plätze und Gewerbeflächen im Erdgeschoss in neue kommunale Standorte umzuwandeln, indem beispielsweise ehemalige Parkplätze in Gemeinschaftsstandorte umgewandelt und ehemalige Geschäftsläden in experimentelle Wohnprojekte umgestaltet wurden (s. Abb. 9.8). Beide Initiativen betonten das Potenzial (und die Notwendigkeit), öffentliche Instanzen als Kooperationspartner*innen einzubeziehen, um die Wirkung und langfristige Nachhaltigkeit der Projekte zu verbessern. Die Bedeutung kommunaler halböffentlicher Räume im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau wurde am Beispiel des



Abbildung 9.6: Wohnwoche, kooperativer Stadtraum, Österreichischer Platz, Stuttgart mit *Adapter e.V.*, *Tiny House e.V.* und *StadtLücken e.V.*

© StadtLücken e.V.



Abbildung 9.7: *Wohn doch wie du willst* – Workshop zur Transformation von Gewerbeflächen, Stuttgart

© Adapter e.V.

Siedlungswerks verdeutlicht. Ein Vertreter des *Siedlungswerks*, einem Wohnungsunternehmen der katholischen Kirche, betonte die Notwendigkeit, die Vielfalt der Nachbarschaften zu entwickeln beziehungsweise zu erhalten, indem die Verfügbarkeit heterogener Nutzungen, Gemeinschaftsräume und eine breite Zugänglichkeit von Wohnraum für verschiedene Bewohner*innen bereits ab der Planungsphase sichergestellt wird.

Durch den Vergleich der verschiedenen Beispiele konnten während der Stuttgarter Dialogveranstaltung drei Hauptpunkte identifiziert werden: 1) die Relevanz des Grenzcharakters angelegener Räume für die erfolgreiche Verwandlung in Orte für Gemeinschaftsaktionen, insbesondere für temporäre Nutzungen; 2) die Bedeutung und primäre Rolle von Bottom-up-Initiator*innen in *commoning*-Prozessen; 3) der Wunsch beziehungsweise die Notwendigkeit einer besser koordinierten und nachhaltigeren Zusammenarbeit mit planenden öffentlichen Akteur*innen, aus Politik und Verwaltung, bei gemeinsamen Projekten – insbesondere im Hinblick auf die (mangelnde) Flexibilität der Gesetzgebung und der Genehmigungen, die für die Durchführung solcher Maßnahmen erforderlich sind.

Während der Dialogveranstaltung konnten diese Punkte gemeinsam mit Vertreter*innen der Abteilung Stadtplanung und Wohnungsbau der Stadt Stuttgart und städtischen Initiativen diskutiert werden. Alle Dialogteilnehmenden erkannten an, dass Behörden eine wichtige Rolle dabei spielen, die Aktionen städtischer Initiativen bei der Rückeroberung (neuer und halb-)öffentlicher Räume zu unterstützen und aktiv zu fördern. Dies verdeutlichte auch der virtuelle Besuch der Ausstellung *AföR – Amt für öffentlichen Raum* (AföR 2022) im Rahmen der Dialogveranstaltung, in der Ideen für kollaborative und transformative Stadtraumgestaltungen gesammelt und dokumentiert wurden.

In der Dialogveranstaltung bestand Einigkeit darüber, dass Bottom-up-Initiativen ein entscheidender Treiber für neue Formen der gemeinsamen Nutzung öffentlicher Räume sind (Punkt 2), insbesondere bei temporären Gemeinschaftsaktionen. Welche konkreten Maßnahmen öffentliche Akteur*innen ergreifen könnten, um mit Initiativen zusammenzuarbeiten und diese zu unterstützen, damit temporäre Aktionen

zu stabileren Formen der gemeinsamen Nutzung öffentlicher Räume werden (Punkt 3), blieb in der Multi-Stakeholder-Diskussion jedoch unklar. Dies könnte zum Teil an den Grenzen des Veranstaltungsformats (online) liegen, das die vergleichende statt die dialektische Komponente des Lernens überbetonte, aber auch bis zu einem gewissen Grad an einer unterschweligen Uneinigkeit darüber, wer letztlich für den Aufbau von Strukturen oder die Schaffung struktureller Voraussetzungen verantwortlich ist. Im Vordergrund des Dialogs stand, dass die Handlungsfähigkeit urbaner Initiativen oft durch administrative Anforderungen und Strukturen eingeschränkt wird, die zunächst nicht auf Koproduktionsprozesse ausgerichtet sind. Und selbst wenn die Stadtverwaltungen neue kooperative Planungsverfahren und Initiativen zur Stärkung gemeinsamer urbaner Räume befürworten, wie es in Stuttgart der Fall ist, wird die Verantwortung für anspruchsvolle urbane Transformationen oft zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zugeschoben. Während städtische Initiativen früher für das *Recht auf Stadt* eintraten, d.h. mit dem Aufruf zum Handeln, um die Stadt als gemeinsam geschaffenen Raum zurückzugewinnen, haben sie zunehmend ihre (und damit die der Zivilgesellschaft als Ganzes) dominante Rolle und Verantwortung in diesen Prozessen als Ausdruck ihrer gemeinsamen *Pflicht gegenüber der Stadt* akzeptiert. Unter einem solchen Paradigmenwechsel, in dem zivile Akteur*innen zu treibenden Kräften gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung werden müssen, wird die Professionalisierung und strukturelle Integration dieser neuen Expert*innen notwendig und erfordert gleichzeitig eine Erhöhung der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen. Dennoch bliebe dann die entscheidende Frage, ob die fortschreitende Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen – in ihrer Rolle als *urban-commoning-Expert*innen* – zu einer Verlagerung staatlicher Aufgaben und damit zu einer Erosion staatlicher Verantwortung führt.

Um auf das theoretische Konzept des *commoning* zurückzukommen, zeigen die Stuttgarter Beispiele, dass ein Widerstand gegen kommerzialisierte Formen der Raumproduktion meist nur temporär erreicht wird. Die verschiedenen Initiativen haben jedoch im Laufe der Zeit dazu beigetragen, die Wahrnehmung öffentlicher Räume zu verändern und darüber nachzudenken, wie alternative Nutzungen aussehen könnten. Gerade in einer stark automobilorientierten Stadt wie Stuttgart haben urbane Initiativen Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit von Räumen und deren Zugänglichkeit öffentlich thematisieren können. Obwohl die städtischen Initiativen hauptsächlich aus relativ homogenen Gruppen bestanden (z.B. Studierende oder jüngere Menschen mit akademischem Abschluss), wurden neue Solidaritäten auf Nachbarschaftsebene geschaffen, da Gemeinschaftsaktionen offen waren und es häufig schafften, Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund einzubeziehen.

Der Stuttgarter Dialog zeigte auch die Grenzen der Forschung zu *Urban Commons* in Zeiten der COVID-19-Pandemie auf. Während der Hauptfokus der Dialogveranstaltung auf der Frage lag, wie das Quartier öffentliche Räume nutzen und teilen kann, war die Situation im November 2020 geprägt von strengen Social-Distancing-Vorschriften, die Versammlungen in der Öffentlichkeit einschränkten. Für das *StadtTeilen*-Team, das mit der spezifischen Situation in Stuttgart nur teilweise vertraut ist, erlaubte die online Dialogveranstaltung kein Gefühl für die diskutierten Quartiere und ihre gebauten Strukturen. Atmosphären, räumliche Erfahrungen, die beispielsweise bei einem Spaziergang in der Nachbarschaft gewonnen werden, können nicht digital reproduziert werden. Die gleichzeitige und multidimensionale (physische, visuelle, auditive etc.) Erfahrung räumlicher Situationen und Strukturen entzieht sich digitalen Formaten. Trotz dieser Schwierigkeiten ermöglichte die digitale Veranstaltung das Zusammenkommen einer Vielzahl von Beispielen, Initiativen und Akteur*innen, darunter auch internationaler Gäste, was letztlich dem Zweck des vergleichenden Lernens zugute kam.

5. Fazit

Basierend auf den Dialogveranstaltungen stellen wir zum Abschluss drei Hauptthesen vor: (i) zur zugrundeliegenden Logik, den Zielen und Ergebnissen von Sharing-Praktiken, (ii) zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stakeholdern zur Schaffung nachhaltiger urbaner *Commons* und (iii) zu den Wissenskoproduktionsprozessen innerhalb urbaner *commoning*-Prozesse.

Erstens argumentieren wir, dass Praktiken des Teilens nicht per se eine Strategie gegen die marktorientierte Raumnutzung sind. Im Gegensatz dazu können, wie der Berliner Dialog und das *co-living*-Wohnmodell zeigen, geteilte Räume als Geschäftsmodelle genutzt werden und Unternehmen zu höheren Renditen verhelfen. Dies zeigt, dass das Teilen von Räumen allein kein *commoning* und keine Dekommodifizierung räumlicher Ressourcen gewährleistet, insbesondere in Bezug auf das Wohnen. Mehr noch, je nachdem, inwieweit die Praktiken des Teilens von Akteur*innen der Sharing Economy, wie im Wohnprojekt *co-living* initiiert oder im Gegenteil wie im Mieter*innenrat des Neuen Kreuzberger Zentrums selbstorganisiert werden, gibt es eine klare Unterscheidung zwischen Akteur*innen als Konsument*innen (erstere) und Initiator*innen, Produzent*innen und Bürger*innen (letztere). *Commoning* erfordert Selbstmanagement und Bottom-up-Prozesse, die es ermöglichen, Bedürfnisse und Ziele für das Teilen sowie Strategien und Werkzeuge zu ihrer Erreichung zu definieren. Dies beinhaltet einen *co-creation*- und Lernprozess innerhalb städtischer Initiativen, der später notwendigerweise auf andere Akteur*innen übergeht. Dies führt zum zweiten Punkt.

Zweitens, *commoning*-Praktiken, insbesondere solche, die den öffentlichen Raum betreffen, können nicht als (*dritte*) autarke, sondern nur als korrespondierende Steuerungsmöglichkeit nicht neben, sondern mit Markt und vor allem Staat verstanden werden. Aufgrund bestehender Regelungen bezüglich Nutzung und Zugang zu Flächen in Deutschland müssen sich *commoning*-Praktiken mit bestehenden staatlichen Regelungen auseinandersetzen und nach Formen der Zusammenarbeit mit Behörden wie kommunalen Wohnungsunternehmen und Stadtplanungsämtern suchen. Die Tatsache, dass Ambivalenzen – verstanden als die Uneindeutigkeit eines gegebenen Raums in Bezug auf Eigentumsrechte oder rechtliche Merkmale – häufig *commoning*-Prozesse erleichtern, zeigt, dass städtische Initiativen bisher oft mit wenig Unterstützung im rechtlichen Rahmen (und trotz Rückendeckung durch öffentliche Akteur*innen und Planungsbehörden) auf *unsichere* Räume für die Schaffung temporärer urbaner Gemeingüter zurückgreifen müssen. Dies bedeutet wiederum, dass öffentliche Verwaltungen, die für die Durchsetzung und Umsetzung von Stadtplanungsverordnungen zuständig sind, flexibler werden müssen. Angesichts der zunehmenden Professionalisierung städtischer Initiativen und ihrer fortschreitenden Formalisierung von Verbindungen zu öffentlichen Verwaltungen warnen wir jedoch davor, dass städtische Initiativen ihre Fähigkeit verlieren könnten, autonom und kritisch zu handeln.

Drittens haben der Austausch von Expert*innenwissen und das Lernen in Diskussionen mit mehreren Interessengruppen das Potenzial, zur Bereicherung, dem gemeinsamen Schaffen von Wissen und damit zur Produktion städtischer Gemeingüter beizutragen. Die Erfahrungen der Dialogveranstaltungen zeigten jedoch zwei Erkenntnisse über die Grenzen digitaler Wissensaustauschplattformen. Erstens ist der Wissensaustausch ein schwieriges Unterfangen in Online-Formaten, in denen der Zusammenhang mit den sozialräumlichen Merkmalen des urbanen Umfelds schwer zu erfassen ist. Zweitens ermöglichte der digitale Zugang zwar eine Erhöhung der Anzahl der Initiativen, die an den Veranstaltungen teilnahmen (zunehmende Möglichkeiten für vergleichendes Lernen), führte jedoch nicht zu einer hohen Heterogenität der Meinungen und Einstellungen unter den Diskutierenden.

Eine Möglichkeit, sicherzustellen, dass Wissen – als Schlüsselressource für Teilen- und insbesondere *commoning*-Prozesse – dialektisch ausgetauscht und koproduziert wird, besteht darin, den Fokus der Diskussionen auf Streitfelder zwischen verschiedenen Interessengruppen zu legen. Das ist nicht nur in virtuellen Umgebungen und Online-Kommunikationsplattformen eine Herausforderung, sondern auch bei Veranstaltungen vor Ort. Diese Austauschumgebungen müssten notwendigerweise moderiert, transparent verhandelt

und reflektiert werden, damit sie für alle Stakeholder gleichberechtigt stattfinden und trotz möglicher Interessenkonflikte und Machtungleichgewichte für alle Beteiligten produktiv werden können.

Literatur

- Barron, K., Kung, E. & Proserpio, D. (2018) »The Sharing Economy and Housing Affordability: Evidence from Airbnb«, *Proceedings of the 2018 ACM Conference on Economics and Computation*. Ithaca, New York, ACM.
- Becker, S., Naumann, M. & Moss, T. (2017) »Between coproduction and commons: Understanding initiatives to reclaim urban energy provision in Berlin and Hamburg«, *Urban Research & Practice*, Vol. 10, No. 1, S. 63-85.
- Benkler, Y. (2009) »The Political Economy of Commons«, in Helfrich, S. (Hg.) *Genes, bytes, and emissions: To whom does the world belong*, Washington, DC, Heinrich-Böll-Foundation.
- Bennett, C. J. & Howlett, M. (1992) »The lessons of learning: Reconciling theories of policy learning and policy change«, *Policy sciences*, Vol. 25, No. 3, S. 275-294.
- Blackmar, E. (2006) »Appropriating the ›Commons‹: The tragedy of property rights discourse«, in Low, S. & Smith, N. (Hg.) *The politics of public space*, New York, London, Routledge, S. 49-80.
- Bollier, D. & Helfrich, S. (2015) *Patterns of commoning*, The Commons Strategy Group.
- Bollier, D. & Helfrich, S. (2019) *Free, fair, and alive: The insurgent power of the commons*, Gabriela Island, New Society Publishers.
- Borch, C. & Kornberger, M. (Hg.) (2015) *Urban commons: Rethinking the city*, Abingdon, Oxon, New York, Routledge.
- Bradley, K. (2015) »Open-source urbanism: Creating, multiplying and managing urban commons«, *Footprint*, S. 91-107.
- Bretfeld, N. (2020) »Experts Trouble: Von der Milieuschutz Plus-AG zum Atlas der Nachbarschaften«, in Pelger, D., Heilgemeir, A., Bretfeld, N. & Stollmann, J. (Hg.) *Spatial Commons*, Berlin, TU-Verlag Berlin, S. 5-8.
- Cámara, C. (2018) *Comunes urbanos: Lecciones desde la Barcelona de principios del siglo XXI Una propuesta de caracterización desde la praxis*, Dissertation – UOC Universidad Oberta de Catalunya.
- Cermeño, H. & Baldewein, T. (2021) »Digitale-Konferenzen in der Stadtplanung: Fachtagungen im digitalen Raum als Chance für die Entwicklung inklusiver, kreativer und resilienter Lernformate«, *RaumPlanung*, Vol. 210, No. 1, S. 66-72.
- D'hondt, F. J., van Assche, K. & Wind, B. J. (2020) »Rethinking planning systems: A plea for self-assessment and comparative learning«, *Urban Planning*, Vol. 5, No. 1, S. 6-10.
- Egner, B. (2014) »Wohnungspolitik seit 1945«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 64, 20-21, S. 13-19.
- Grabkowska, M. (2018) »Urban space as a commons in print media discourse in Poland after 1989«, *Cities*, Vol. 72, S. 122-129.
- Harvey, D. (2010) »The Future of the Commons«, *Radical History Review*, Vol. 2011, No. 109, S. 101-107.
- Helfrich, S. (2012) »Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht«, *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld, transcript, S. 86-91.
- Jahre, S. (2021) »Postmigrant Spatial Justice? The Case of ›Berlin Develops New Neighbourhoods‹ (BENN)«, *Urban Planning*, Vol. 6, No. 2, S. 80-90.
- Kichler, N. (2018) »Mietshäuser Syndikat: Fosters Self-organized Housing Projects«, in Shareable (Hg.) *Sharing Cities: Activating the Urban Commons*, Mountain View, Shareable, S. 46-48.
- Kil, W. & Silver, H. (2006) »From Kreuzberg to Marzahn: New migrant communities in Berlin«, *German Politics and Society*, Vol. 24, No. 4, S. 95-121.
- Kip, M., Bieniok, M., Dellenbaugh, M., Müller, A. K. & Schwegmann, M. (2015) »(Preface) Seizing the (Every) Day: Welcome to the Urban Commons!«, in Dellenbaugh, M., Kip, M., Bieniok, M., Müller, A. K. & Schwegmann, M. (Hg.) *Urban Commons: Moving Beyond State and Market*, Basel, Berlin, Boston, Birkhäuser, S. 7-25.

- Koch, F. (2018) »Die Europäische Stadt«, in Rink, D. & Haase, A. (Hg.) *Handbuch Stadtkonzepte, Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen*, Opladen, Toronto, Verlag Barbara Budrich.
- Neustart-schweiz (2021) *Neustart-schweiz website* [Online]. Verfügbar unter <https://www.neustart-schweiz.ch/nach-hause-kommen/> (Abgerufen am 1. April 2021).
- Ostrom, E. (2012) *Governing the commons: The evolution of institutions for collective action*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Pelger, D., Kaspar, A. & Stollmann, J. (2016) *Spatial Commons: Städtische Freiräume als Ressource*, TU Berlin.
- Petrescu, D., Petcou, C. & Baibarac, C. (2016) »Co-producing commons-based resilience: Lessons from R-Urban«, *Building Research & Information*, Vol. 44, No. 7, S. 717-736.
- Petrescu, D., Petcou, C., Safri, M. & Gibson, K. (2020) »Calculating the value of the commons: Generating resilient urban futures«, *Environmental Policy and Governance*, Vol. 31, No. 3, S. 1-16.
- PlanBude (2021) *PlanBude Website* [Online]. Verfügbar unter <https://planbude.de/category/english> (Abgerufen am 15. Mai 2021).
- Ramos, J. M. (2016) *The city as commons: A policy reader*, Melbourne, Transition Coalition.
- Rost, S. (2012) »Das Mietshäuser Syndikat«, in Helfrich, S. & Heinrich Böll Stiftung (Hg.) *Commons: Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld, transcript, S. 285-287.
- Rutkowska-Gurak, A. & Adamska, A. (2019) »Sharing economy and the city«, *International Journal of Management and Economics*, Vol. 55, No. 4, S. 346-368.
- Schalk, M., Brolund de Carvalho, S. & Mattsson, H. (2019) »From Collective to Common Rooms: The Swedish and Viennese Models«, in Schalk, M. & Brolund, S. (Hg.) *Caring for Communities | Für Gemeinschaften sorgen*, Stockholm, Action Archive Publishing, S. 11-31.
- Schneider, M. (2016) »Der Raum – ein Gemeingut?: Die Grenzen einer marktorientierten Raumverteilung«, in Weber, F. & Kühne, O. (Hg.) *Fraktale Metropolen: Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung*, Wiesbaden, Springer VS, S. 179-214.
- Schönig, B., Kadi, J. & Schipper, S. (Hg.) (2017) *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, Bielefeld, transcript.
- Sharp, D. (2018) »Sharing Cities for Urban Transformation: Narrative, Policy and Practice«, *Urban Policy and Research*, Vol. 36, No. 4, S. 1-14.
- Siebel, W. (2009) »Ist Nachbarschaft heute noch möglich«, in Arnold, D. (Hg.) *Nachbarschaft*, Köln, Callwey, S. 7-13.
- Siebel, W. (2012) »Die Europäische Stadt«, in Eckardt, F. (Hg.) *Handbuch Stadtsoziologie*, Wiesbaden, Springer.
- Sommer, C. & Kip, M. (2019) »Commoning in new tourism areas: Co-performing evening socials at the Admiralbrücke in Berlin-Kreuzberg«, in Frisch, T., Sommer, C., Stoltenberg, L. & Stors, N. (Hg.) *Tourism and everyday life in the contemporary city*, London, Routledge, S. 211-231.
- Stadtbodenstiftung (2021) *Stadtbodenstiftung Website* [Online]. Verfügbar unter <https://stadtbodenstiftung.de/> (Abgerufen am 15. Mai 2021).
- Stavrides, S. (2015) »Common space as threshold space: Urban commoning in struggles to re-appropriate public space«, *Footprint*, Vol. 9, No. 1, S. 9-19.
- Stehr, N. & Grundmann, R. (2011) *Experts: The knowledge and power of expertise*, London and New York, Routledge.
- Tribble, R. & Wedler, P. (2019) »Der PlanBuden-Prozess: das Interesse des Stadtteils als Grundlage von Planung«, in Schnur, O., Drilling, M. & Niemann, O. (Hg.) *Quartier und Demokratie: Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots*, Wiesbaden, Springer, S. 203-214.
- Tribble, R., Wedler, P. & Katthagen, V. (2017) »PlanBude Hamburg. Kollektives Wissen als Grundlage von Stadtgestaltung«, *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Vol. 5, 1/2, S. 267-276.
- Tummers, L. (2016) »The re-emergence of self-managed co-housing in Europe: A critical review of co-housing research«, *Urban Studies*, Vol. 53, No. 10, S. 2023-2040.

- Urbancoopberlin (2021) *Urbancoopberlin website* [Online]. Verfügbar unter <https://www.urbancoopberlin.de/> (Abgerufen am 10. April 2021).
- van Assche, K., Beunen, R. & Verweij, S. (2020a) »Comparative Planning Research, Learning, and Governance: The Benefits and Limitations of Learning Policy by Comparison«, *Urban Planning*, Vol. 5, No. 1, S. 11-21.
- van Assche, K., Beunen, R. & Verweij, S. (2020b) »Learning from other places and their plans: Comparative learning in and for planning systems«, *Urban Planning*, Vol. 5, No. 1, S. 1-5.
- Vith, S., Oberg, A., Höllerer, M. A. & Meyer, R. E. (2019) »Envisioning the ›sharing city‹: Governance strategies for the sharing economy«, *Journal of Business Ethics*, Vol. 159, No. 4, S. 1023-1046.
- Ziemer, G. (2016) »Stadt gemeinsam entwickeln. Neue Formen der Zusammenarbeit am Beispiel der Hamburger PlanBude«, in Baier, A., Müller, C., Werner, K. & Hansing, T. (Hg.) *Die Welt reparieren: Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*, Bielefeld, transcript, S. 312-318.